

Stand: 07.05.2026 05:41:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21546

"Riedberger Horn: Jetzt Konsequenzen ziehen - nachhaltige Politik in bayerischen Alpen verwirklichen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/21546 vom 09.04.2018
2. Beschluss des Plenums 17/21653 vom 10.04.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 10.04.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ilona Deckwerth, Dr. Paul Wengert** und **Fraktion (SPD)**

Riedberger Horn: Jetzt Konsequenzen ziehen – nachhaltige Politik in bayerischen Alpen verwirklichen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Änderung des Alpenplans, die den Bau einer Skischaukel am Riedberger Horn ermöglichen sollte, so schnell wie möglich wieder rückgängig zu machen und den Alpenplan in seiner ursprünglichen Form wiederherzustellen.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, wie sie eine nachhaltige und klimafreundliche Tourismusentwicklung im gesamten bayerischen Alpenraum fördern will. Dabei soll besonders darauf eingegangen werden, welche Haushaltsmittel für die Förderung von nachhaltigen und umweltfreundlichen Tourismus- und Verkehrsangeboten zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat mit den Bürgermeistern der beiden Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein ausgehandelt, für mindestens 10 Jahre auf eine Skischaukel am Riedberger Horn zu verzichten. Die beiden Gemeinden erhalten dafür eine „Entschädigung“ von ca. 20 Mio. Euro für verschiedene Tourismus-, Bildungs- und Verkehrsprojekte.

Das Projekt Skischaukel muss jetzt aber tatsächlich endgültig beendet und nicht nur aufgeschoben werden. Auch die negative Präzedenzfallwirkung muss so schnell wie möglich beseitigt werden. Das kann nur durch eine Wiederherstellung des Alpenplans in seiner ursprünglichen bewährten Form geschehen. Die positive Wirkung des bayerischen Alpenplans über 45 Jahre und die internationale hohe Anerkennung, die er als Teil des Landesentwicklungsprogramms erfährt, wurde auch in einer Expertenanhörung des Landtags im Juni 2017 deutlich.

Der oben erwähnte Handel mit den beiden Gemeinden wirft nicht nur die Frage auf, warum der Verzicht auf ein offensichtlich rechtswidriges Projekt (Verstoß gegen das Bodenprotokoll der Alpenkonvention) finanziell belohnt wird.

Die Internationale Alpenkonvention verpflichtet uns, eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum zu fördern und zu betreiben. Dafür fehlt bisher ein umgreifendes und wirkungsvolles Konzept der Staatsregierung für den gesamten Bereich der bayerischen Alpen. Auch andere Gemeinden in den bayerischen Alpen bedürfen der Förderung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeits-Projekten.

Ein derartiges Konzept muss nicht nur einen umweltfreundlichen Tourismus und die Förderung des öffentlichen Verkehrs miteinbeziehen, sondern insgesamt eine Vorstellung von nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Alpenkonvention aufzeigen. Es ist deshalb überfällig, dass die Staatsregierung dem Landtag über ihre Maßnahmen und Absichten in diesem Zusammenhang Bericht erstattet.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ilona Deckwerth, Dr. Paul Wengert** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/21546

Riedberger Horn: Jetzt Konsequenzen ziehen – nachhaltige Politik in bayerischen Alpen verwirklichen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thomas Gehring

Abg. Claudia Stamm

Abg. Florian von Brunn

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Harald Güller

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Staatssekretär Dr. Hans Reichhart

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dauerhaften Schutz der bayerischen Alpen sicherstellen! (Drs. 17/21541)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Riedberger Horn: Jetzt Konsequenzen ziehen - nachhaltige Politik in bayerischen Alpen verwirklichen! (Drs. 17/21546)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Gehring von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vergangene Freitag war ein guter Tag für das Riedberger Horn. Er war ein guter Tag für die Birkhühner am Riedberger Horn, und er war ein guter Tag für die Menschen in der Region und bayernweit, die gegen die Bergbahnpläne und die Verletzung des Alpenschutzes gekämpft haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Danke den Verbänden, dem Bund Naturschutz, dem Landesbund für Vogelschutz und dem Alpenverein, für ihre Arbeit. Dank dem Freundeskreis Riedberger Horn, der innerhalb kürzester Zeit rund 4.000 Unterstützer im Allgäu gefunden hat und schon bei der Festwoche in Kempten machtvoll demonstriert hat, dass die Menschen in der Region wie auch in ganz Bayern gegen diese Verletzung des Alpenschutzes und gegen dieses Liftprojekt und für den Schutz unserer Alpen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist ein Erfolg für uns GRÜNE, hier für die Arbeit im Parlament und vor Ort, und es ist auch ein Erfolg für die SPD-Fraktion, die mit uns an einem Strang gezogen hat.

Der vergangene Freitag war ein blamabler Tag für die CSU-Fraktion – von den FREI-EN WÄHLERN will ich jetzt einmal nicht sprechen. Es war ein blamabler Tag, an dem Ihre Argumente, die Sie hier im Haus mehrmals vorgetragen haben, Lügen gestraft worden sind. Was haben Sie uns nicht alles erzählt, um zu kaschieren, dass diese Veränderung des Alpenplans, das Herauslösen aus der Schutzzone C, ein politischer Frevel am Alpenschutz war? Sie haben dem Schutz unserer Alpen und dem Naturschutz dauerhaften Schaden zugefügt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst am 1. März ist die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms mit dieser Veränderung der Alpenschutzzone C in Kraft getreten. Fünf Wochen später macht der Ministerpräsident die Kehrtwende und schließt jetzt den Bau der Bergbahn und der Pisten für die nächsten zehn Jahre aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so schön es ist, es war nicht Einsicht, sondern es war die nahende Landtagswahl. Sie haben gemerkt, dass dieses Thema bei den Menschen im Allgäu und in ganz Bayern Unverständnis, Abscheu und Protest hervorruft. So kurz vor der Landtagswahl wollte der neue Ministerpräsident das abräumen. Man kann es so sagen: Da hat der Ministerpräsident Söder den "Drehhofer" gegeben und das für falsch erklärt, was ihm der Heimatzerstörungsminister Söder eingebrockt hatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mich oft gefragt, warum der frühere Heimatzerstörungsminister und spätere Ministerpräsident Söder nicht früher den Ausstieg aus dieser Entwicklung gefunden hat, zum Beispiel dann, als klar geworden ist, dass der Antrag auf Zielabweichung, der von den Gemeinden gestellt worden ist, abgelehnt werden muss. Warum hat er nicht früher gesagt, dass wir diese Entwicklung stoppen müssen und den Alpenplan nicht

verändern dürfen? – Das liegt erstens daran, dass der frühere Heimatzerstörungsmi-
nister und heutige Ministerpräsident keine Haltung zum Thema Naturschutz und Al-
penschutz hatte. Er hatte diesen Themen keinen Wert zugemessen.

Zweitens liegt es daran, dass er zu sehr auf die CSU-Kollegen aus dem Allgäu gehört
hat, die ihm weisgemacht haben, dass die Menschen in der Region das so wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab eine Art Umfrage, eine Bürgerbefragung in
zwei Gemeinden. Wer aber auf einem Berggipfel wie dem Riedberger Horn steht,
sieht, dass es mindestens vier Himmelsrichtungen gibt, in die man schauen muss.
Herr Söder, oder liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn Sie mich gefragt
hätten, hätte ich Ihnen gesagt: Ich bin dort vor Ort und habe festgestellt, dass dieses
Projekt die Menschen bewegt und dass immer mehr Menschen in der Region dage-
gen sind. Immer mehr Menschen haben mich angesprochen. Sie haben bei mir an der
Haustür geklingelt oder mich auf einer Bergtour, im Wirtshaus oder auf der Straße an-
gesprochen. Immer mehr Menschen haben gesagt: Wir sind gegen dieses naturzers-
törerische Projekt. – Deswegen müssen Sie nach der Entscheidung vom Freitag, die-
ses Projekt auszusetzen, jetzt den Schaden, den Sie dem Alpenschutz und dem
Alpenplan zugefügt haben, wieder heilen und die Alpenschutzzone wieder instand set-
zen.

(Erwin Huber (CSU): So ein Schmarrn!)

– Das ist kein Schmarrn, und das ist auch nicht albern, sondern es ist ernst gemeint,
dass Sie die Alpenschutzzone C wieder instand setzen. Das hat etwas mit ernsthafter
Politik zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um die Ernsthaftigkeit der Ankündigung, dass die Bahn nicht gebaut wird, und
zwar für alle Zeiten, was die Bürgermeister mittlerweile auch akzeptieren. Das muss
auch unter Beweis gestellt werden. Deswegen muss die Veränderung der Schutzzo-

ne C wieder rückgängig gemacht werden. Es geht darum, die Glaubwürdigkeit der bayerischen Alpenschutzpolitik wieder herzustellen. Die Veränderung der Schutzzone an diesem Berg hat zu einem Glaubwürdigkeitsverlust in ganz Bayern geführt. Mit der Verletzung des Alpenschutzes wurde ein Präzedenzfall geschaffen, dem weitere folgen werden. Deswegen ist es notwendig, diese Veränderung der Alpenschutzzone C rückgängig zu machen und die Schutzzone wieder instand zu setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Ankündigung, die Bergbahn am Riedberger Horn nicht zu bauen, sind den beiden Gemeinden unter anderem Fördermittel für einen naturverträglichen Tourismus in Aussicht gestellt worden. Wir werden uns genau anschauen, wie naturverträglich die angekündigten Maßnahmen sind. Grundsätzlich sind sie aber zu begrüßen.

Ich muss aber schon sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Willkommen im Club! Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es einen Plan B für diese Liftverbindung geben muss. Dieser Plan B muss naturverträglicher und naturschonender Tourismus heißen. Gerade in Balderschwang sind die idealen Voraussetzungen dafür gegeben.

Jetzt ist es notwendig – vielleicht hat die Geschichte des Riedberger Horns damit auch etwas Gutes –, über diese beiden Gemeinden hinauszudenken und uns klarzumachen, dass wir für die bayerischen Alpen insgesamt eine Gesamtstrategie für einen naturverträglichen und naturfreundlichen Tourismus brauchen, für einen Tourismus, der die Alpen schützt und sie nicht zerstört. Dafür müssen wir sicherlich eine Tourismuspolitik machen, die die Natur schützt, die den Tourismus fördert, ohne die Natur zu zerstören, die den Menschen die Natur nahebringt, ihnen aber auch den Respekt vor der Natur abverlangt. Dazu müssen wir uns die Fördermaßnahmen anschauen, wir müssen uns die Seilbahnförderung anschauen, ob sie wirklich so sein muss, wie sie heute konstruiert ist. Ich will hier keinen Feldzug gegen Schneekanonen führen, aber

eine weitere Förderung von Schneekanonen hat nichts mit naturverträglichem Tourismus in den bayerischen Alpen zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir die gesamten Alpen betrachten, müssen wir auch danach schauen, wo es Flächen gibt, die vielleicht noch in die Schutzzone C aufgenommen werden müssen, um sie zu schützen; denn unsere bayerischen Alpen sind uns viel wert. Der Naturschutz in Bayern muss Priorität haben. Ich hoffe, dass diese lange Auseinandersetzung, der lange Kampf um das Riedberger Horn, der letztlich von den Naturschützern gewonnen wurde, dazu führt, die bayerischen Alpen zu einem Naturschutzgebiet und zu einem naturverträglichen Tourismusgebiet zu machen, das allen nützt. Lasst uns diese Maßnahmen gemeinsam in Angriff nehmen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Gehring, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Die Kollegin Claudia Stamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Claudia Stamm (fraktionslos): Das Aus für die Skischaukel am Riedberger Horn ist natürlich gut für die Umwelt. Das ist keine Frage, aber ich möchte von Ihnen, sehr geehrter Kollege Gehring, wissen, ob Sie mir darin recht geben, dass Markus Söder in diesem Fall so etwas wie den Brandstifter gegeben hat. Er selber hat erst das Feuer gelegt, um dann zu versuchen, sich als Feuerwehrmann feiern zu lassen. Leider ist ihm das auch noch relativ gut gelungen, zumindest ist es so rezipiert worden. Tatsächlich hat er aber mit den Bürgerentscheiden, die er vor Ort selber herbeigeführt hat, vice versa die Bürgerinnen und Bürger und den Naturschutz am Riedberger Horn gegeneinander ausgespielt. Damit hat er der direkten Demokratie einen Bärendienst erwiesen.

Für das Aus am Riedberger Horn ist den Verbänden und allen möglichen Leuten, die sich dagegen gestemmt und auch mit Klagen gedroht haben, danke zu sagen. Dieses Spiel des Ministerpräsidenten, dass er vorher als sogenannter Heimatminister selber den Brand gelegt hat, sollte man ihm im Landtag auf keinen Fall durchgehen lassen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Kollege Gehring, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin, tatsächlich waren diese Volksbefragungen keine richtigen Bürgerentscheide. Diese Bürgerbefragungen haben nur suggeriert, dass sie demokratisch seien. Letztlich sind die Bürgerinnen und Bürger und auch die Bürgermeister missbraucht worden. Jahrelang wurde ihnen vonseiten der Allgäuer CSU suggeriert, dass man dieses Projekt durchbringt. Bei jedem Termin des Herrn Söder waren die Bürgermeister und mit ihnen im Schlepptau honorige CSU-Kollegen aus der Region unterwegs. Dabei wurde ihnen suggeriert, dass man das Projekt in München schon irgendwie durchbringt, dass es so hingedreht wird, dass es möglich wird, obwohl allen klar war, dass das rechtmäßig so nicht möglich war. Dass es jetzt nicht so ist, ist gut, und ich glaube, die Bürger dieser beiden Gemeinden, aber auch die Bürger im gesamten Allgäu sind jetzt froh darüber, dass diese Kiste weg ist, dass diese Sache entschieden ist und dass jetzt mit einer neuen Entwicklung begonnen werden kann. Der Flurschaden für den Naturschutz, aber auch für die demokratische Mitbestimmung ist trotzdem enorm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege von Brunn von der SPD das Wort. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute diskutieren wir über das Ende der Skischaukel am Riedberger Horn. Dabei muss man die Frage stellen, ob das, was wir in den letzten Tagen erleben, lesen und hören durften, wirklich ein geschickter Schachzug des neuen Minister-

präsidenten Markus Söder war. –Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir seit über drei Jahren hier im Landtag und am Riedberger Horn im Oberallgäu erleben mussten, das ist eine – das sage ich so deutlich – armselige CSU-Provinzposse, bei der sich alles um Spezlwirtschaft, um Geschäfte zwischen schwarzen Parteifreunden und um Wahlkampfgeschenke dreht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein politisches Schmierentheater mit Geschmäckle, bei dem jetzt hoffentlich nicht unsere Berge, aber dafür umso mehr die politische Kultur und das Ansehen der Politik in Bayern gelitten haben.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das sagt der Richtige!)

Man muss nur an die ganze Geschichte erinnern: Am Riedberger Horn wollten sie immer schon ihre Skischaukel haben. Bereits 1968 sollte der Gipfel mit einer Seilbahn erschlossen werden, aber der bayerische Alpenplan verhinderte das. 2007 gab es einen neuen Anlauf, der aber aus Umweltgründen abgelehnt wurde. Einer der damals verantwortlichen Minister sitzt noch hier: Das war Erwin Huber. 2011 versuchte man es mit einem neuen Plan, nicht mehr direkt über den Gipfel, aber auch dieser Plan wurde vom Umweltministerium aus guten Gründen abgelehnt.

Die Situation hat sich erst geändert, als im Oktober 2013 ein CSU-Abgeordneter aus der Region Fraktionsvorsitzender der CSU wurde. Etwas später lag der nächste Antrag für die Skischaukel auf dem Tisch. Ein Schuft, wer Böses dabei denkt. Jetzt wollte man die Skischaukel mit einer Ausnahme vom Alpenplan mit einem Zielabweichungsverfahren mitten durch die Bergnatur und die Schutzzone C bauen. Der CSU-Fraktionsvorsitzende hat das offensichtlich seinen Freunden vor Ort versprochen. Ich mutmaße jetzt mal, der damalige Heimatminister Markus Söder sah darin seine Chance, sich selbst mit Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden den Weg in die Staatskanzlei zu ebnen.

Die beiden Herren hatten aber nicht mit dem Veto der eigenen Umweltministerin gerechnet und dem kleinen Problem – ironisch gesprochen – mit dem internationalen Umweltrecht. Die internationale Alpenkonvention verbietet eine Skipiste am rutschanfälligen Riedberger Horn, wie ein von uns, von der SPD, in Auftrag gegebenes Gutachten glasklar belegt hat.

Jetzt wurde es eng, und es musste ein neuer Masterplan her, am besten gleich eine Änderung des ganzen Alpenplans: Raus mit dem Riedberger Horn aus der Schutzzone C. Das war ein Geniestreich der beiden Herren; denn damit lagen die Verantwortung und der Schwarze Peter nicht mehr beim Heimatminister, sondern beim Landrat. Die Umweltministerin konnte kein Veto mehr einlegen, und wenn es trotzdem nicht klappen sollte, dann hatte man zumindest alles dafür getan und könnte die Schuld auf andere schieben: auf Europa, auf die Alpenkonvention, auf wen auch immer.

Genau so wurde es dann gemacht. Der Alpenplan, der sich 45 Jahre lang bewährt hatte und nie angetastet worden war, wurde mit absoluter Mehrheit geändert. Markus Söder verklärte diese Manipulation hier im Bayerischen Landtag auch noch zu einem angeblichen Jackpot für den Naturschutz. Nicht in den Plan passte, dass der Nachbarberg, das Bolsterlanger Horn, auch ein Skigebiet, durch einen Murenabgang ins Rutschen kam und mit ihm die Pläne für das Riedberger Horn.

Jetzt bekamen die Gemeinden und die Investoren plötzlich kalte Füße: wegen miserabler Erfolgsaussichten vor Gericht für das Genehmigungsverfahren, hohen Kosten, wahrscheinlich zulaufend auf die Unfinanzierbarkeit, und einem hohen Haftungsrisiko. Nun wollten sich die tapferen Bürgermeister und Profiteure von dem Projekt verabschieden. Das war sehr ungünstig für den neuen Ministerpräsidenten. Er stand da als der letzte kalte Krieger gegen den Natur- und Alpenschutz in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen der "Drehhofer" von Markus Söder, fast in letzter Sekunde und theaterreif inszeniert: Plötzlich wurde staatsmännische Einsicht in die große Bedeutung von

Alpen- und Naturschutz, nachhaltigem Tourismus und ewigem Frieden am Riedberger Horn gespielt – Markus Söder, der Friedensfürst und Naturschützer.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Söderhorn!)

Seine Werbeexperten verkauften diese 180-Grad-Wende als großartigen taktischen Schachzug – Markus Söder, der geniale Stratege. Der Fraktionsvorsitzende bekam trotzdem etwas für seinen Stimmkreis: schlappe 20 Millionen Euro für Projekte vor Ort. Ein üppiges Wahlkampfgeschenk für den Verzicht auf ein rechtswidriges Projekt, das vor Gericht nie Bestand gehabt hätte – Markus Söder, der gute Freund und Amigo. Ja, das ist die Wahrheit. Das ist CSU: Amigo-Politik pur, und sie wird von Markus Söder verkauft als große Einsicht und Wende.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Wie es um die Förderung eines naturverträglichen Tourismus in Bayern wirklich bestellt ist, sieht man daran: 20 Millionen Euro sind mehr als doppelt so viel, wie Bayern jedes Jahr aus eigener Tasche für die Förderung der Alm- und Alpwirtschaft ausgibt. 20 Millionen Euro, das ist peinlich vor dem Hintergrund, dass die neuen Bergsteigerdörfer Ramsau, Sachrang und Schleching, die wirklich auf Nachhaltigkeit setzen, nicht einmal ein Hundertstel dieser Summe bekommen. 20 Millionen Euro sind ein Skandal, weil andere bayerische Alpengemeinden verschuldet sind und als Tourismusorte zum Teil sogar ihre Schwimmbäder zusperren, wie es der CSU-Bürgermeister in Mittenwald erst kürzlich getan hat. Wo bleibt da die Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung?

(Beifall bei der SPD)

Damit wenigstens etwas Substanz von Ihren Phrasen bleibt, müssen Sie uns schon ganz andere Tatsachen nachweisen: erstens, die Änderung des bayerischen Alpenplans jetzt schnellstmöglich zurücknehmen. Zweitens. Berichten Sie uns hier im Baye-

rischen Landtag, was Sie konkret tun wollen und werden, um einen naturverträglichen Tourismus im ganzen bayerischen Alpenraum zu fördern.

Wie wollen Sie zum Beispiel die bayerischen Alpenlandkreise, die Skiorte, bei dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Entwicklung von Alternativen zum Skitourismus im Zeitalter der Klimaerhitzung unterstützen? Wenn Sie glaubwürdig sein wollen, wenn der Herr Ministerpräsident glaubwürdig sein will, dann legen Sie uns hier zeitnah konkrete Pläne vor, sonst bleibt alles nur Söder-Show und Spezlpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Dem Antrag der GRÜNEN, der fast identisch ist mit unserer Pressemitteilung vom vergangenen Freitag, stimmen wir natürlich gerne zu. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt spricht für die CSU-Fraktion Herr Kollege Beißwenger. Bitte schön, Herr Kollege.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Ich glaube, zum letzten Vortrag vom Abgeordneten von Brunn braucht man nichts zu sagen. Lieber Florian, du kannst dir deine Welt nicht schaffen, wie sie dir gefällt, nur indem du es hier behauptest. Eines ist sicherlich klar: Wir haben in den letzten Wochen und Monaten gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort intensiv besprochen, wie wir den Tourismus am Riedberger Horn in zukunftsfähige Bahnen lenken können. Ich freue mich sehr, dass die Bürgermeister vor Ort mit unserem Ministerpräsidenten konstruktiv eine echte Lösung erarbeitet haben. Ich freue mich auch auf die Umsetzung.

(Lachen bei der SPD)

Das wird eine echte Zukunftsstrategie für das Riedberger Horn, mit einem Investitionsvolumen von 20 Millionen Euro. Das war das Einzige, was im letzten Beitrag richtig

war. Der Skisport steht natürlich auch weiterhin hoch im Kurs, ob bei der Förderung der Modernisierung von Liften und Seilbahnen oder bei der Unterstützung des Bundesstützpunkts für Ski- und Bordercross. Die Bergbahnverbindung, die jetzt nicht kommt, ist mehr als kompensiert durch das ÖPNV-Konzept mit umweltfreundlicher Mobilität im Alpenraum. Der absolute Leuchtturm ist natürlich das Zentrum Naturerlebnis Alpin. Ich will hier gar nicht alle Punkte anführen; mein Kollege Holetschek spricht im Anschluss noch zum Tourismus.

Ich glaube, eines ist ganz klar: Das Ganze ist ein Pilotprojekt für natur- und umweltfreundlichen Tourismus in den Alpen, also genau das, was Sie immer fordern: Wir brauchen Antworten. Naturverträglichkeit und Ökotourismus werden mit dem Pilotprojekt unter Beweis gestellt. Wir wollen unsere Heimat aktiv mitgestalten, aber wir sind kein Heimatmuseum. Wir wollen den Menschen auch Platz für ihre Existenz bieten. Der Alpenraum ist nicht nur Naturraum, sondern auch Lebensraum. Hier bringen wir beides in Koexistenz. Ich bedanke mich deshalb ausdrücklich bei den Bürgermeistern und unserem Ministerpräsidenten, die dieses Pilotprojekt mit ausgearbeitet haben.

Balderschwang und Obermaiselstein werden Modelldörfer für modernen Ski- und Bergtourismus in Einklang mit der Natur. Das ganze Projekt wird weit über die zwei Gemeinden ausstrahlen.

Die Opposition ist natürlich gegen alles. Aber konkrete Alternativen haben Sie nicht aufgezeigt. Jetzt fordern Sie sogar, dass die Änderung des LEP zurückgenommen wird. Das ist grotesk. Damit fordern Sie die Rücknahme eines Naturschutzgebiets. Schließlich sind 224 Hektar dazugekommen. Das muss man sich vor Augen führen.

(Beifall bei der CSU)

Der Herr Kollege Gehring hat eben gesagt, durch die Änderung des LEP sei ein gewaltiger Schaden entstanden. Ich kann überhaupt nicht sehen, wo der Schaden entstanden ist, nicht in einem Punkt.

Es wurden weitere groteske Aussagen gemacht. Die Angst vor Präzedenzfällen kann ich im Moment auch nicht nachvollziehen. Mir persönlich ist kein Fall bekannt, bei dem im Nachgang ein Antrag gestellt worden wäre.

Der Kollege Gehring hat gesagt, die Bürgerbefragung würde Demokratie suggerieren. Für mich ist es ein Paradoxon, wenn behauptet wird, dass eine Bürgerbefragung Demokratie suggeriere. Allerdings hat er auch gesagt, wir hätten auf die Bürgermeister eingewirkt. Lieber Thomas, ich darf dir einen ausdrücklichen Gruß vom Bürgermeister Kienle sagen. Er wäre dir sehr dankbar – du hast auch betont, dass du in der Nähe wohnst –, wenn du das nächste Mal, wenn du bei ihm vorbeikommst, mit den Bürgermeistern, mit den Gemeinderäten und mit den Bürgern vor Ort sprechen würdest und nicht hier über sie. Das will ich mal festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Man kann es sich leicht machen, man kann gegen alles sein und alles kritisieren, ohne zu sehen, dass wir hierbei eine echte Win-win-Situation geschaffen haben.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Florian von Brunn (SPD): Fragt sich nur, für wen! Für Markus Söder und Thomas Kreuzer!)

Wir werden einen Teufel tun und die 224 Hektar wieder aus dem LEP herausnehmen. Das ist völlig klar. Wir lehnen aus diesem Grund die Anträge der SPD und der GRÜNEN ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Bevor ich in der Rednerliste fortfahre, darf ich sehr herzlich Ehrengäste begrüßen, die uns heute im Bayerischen Landtag eine Zeit lang zuhören, aber auch Erfahrungen austauschen wollen. Auf der Ehrentribüne haben Gäste aus Rheinland-Pfalz Platz genommen, die sich heute und morgen im Bayerischen Landtag aufhalten und Gespräche mit Mitgliedern des Aus-

schusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und dem Bayerischen Staatsminister der Justiz führen.

Im Namen des Hohen Hauses begrüße ich sehr herzlich den Staatssekretär im Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz, Herrn Philipp Fernis. Herzlich willkommen! Ich begrüße weiter die Mitglieder des Rechtsausschusses des Landtags von Rheinland-Pfalz mit der Ausschussvorsitzenden, Frau Marlies Kohnle-Gros, an der Spitze. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche Ihnen einen guten Aufenthalt hier in Bayern, gute Gespräche und dass Sie nach Ihrer Rückkehr in Ihr Parlament sagen können, es hat sich gelohnt, sich im Bayerischen Landtag umzuschauen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Lieber Herr Kollege Pohl, Sie sind jetzt dran. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die jüngste Geschichte des Riedberger Horns Revue passieren lässt, fühlt man sich nicht an eine Skischaukel, sondern an eine Schiffschaukel erinnert, so heftig sind die Ausschläge in der Meinung der CSU-Fraktion und des neuen Ministerpräsidenten.

Lieber Herr Kollege Beißwenger, wenn Sie jetzt so vehement den naturnahen Tourismus feiern, frage ich mich: warum erst heute, warum nicht schon vor einem halben Jahr? Heute lese ich: Söder räumt das Seehofer-Thema ab. Ich muss schon sagen: Es war wohl genau umgekehrt. Markus Söder hat mit großer Vehemenz das Thema Riedberger Horn vorangetrieben, und Seehofer hat gebremst und gesagt: Wir werden erst einmal in der Staatskanzlei Gespräche führen, bevor die endgültige und abschließende Entscheidung fällt.

Die Kollegen haben vorhin den "Drehhofer" zitiert. Man hat den früheren Ministerpräsidenten Horst Seehofer mit diesem Attribut belegt.

(Florian von Brunn (SPD): Dreh-Söder!)

Dazu sage ich: In der Sprache des Eiskunstlaufs machte der ehemalige Ministerpräsident vielleicht einen doppelten Rittberger; der jetzige macht mindestens einen dreifachen, vielleicht sogar einen vierfachen. Es schlägt wirklich alle Rekorde, in so kurzer Zeit seine Meinung so diametral zu ändern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erinnern wir uns daran, was man für die Änderung des Alpenplans zugunsten der Skischaukel am Riedberger Horn alles bemüht hat: Man hat eine Abstimmung in zwei kleinen Gemeinden durchgeführt, um ein bayernweit relevantes Projekt zu rechtfertigen. Man hat seitens der Staatsregierung nicht die Kraft gehabt, zu sagen: Jawohl, wir wollen das, weil wir das im Hinblick auf den bayerischen Tourismus für richtig halten. – Nein, man hat die Gemeinde Balderschwang mit, ich meine, 180 Wahlberechtigten und die Gemeinde Obermaiselstein abstimmen lassen und das Ergebnis zur Grundlage einer Entscheidung gemacht, die jetzt gekippt und revidiert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verlässliche Politik ist ganz sicher anders. Wir haben hier vehement über die Frage gestritten, ob es richtig oder falsch ist. Wir hatten durchaus unterschiedliche Auffassungen. Die GRÜNEN und die SPD haben das Projekt bekämpft; die CSU und auch unsere Fraktion hielten es für den Tourismus für notwendig.

(Harald Güller (SPD): Sie sind nach wie vor für die Skischaukel!)

Jetzt sehen wir, dass die CSU-Fraktion mit dem neuen Ministerpräsidenten eine 180-Grad-Wendung macht und quasi den Überschlag mit der Schiffschaukel probt.

(Harald Güller (SPD): Seid ihr jetzt für oder gegen die Schaukel? Positionierung!)

– Lieber Kollege Güller, nicht so hektisch; ein bisschen zuhören, gleich löst sich die Spannung.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines kann man jetzt wirklich niemandem mehr verkaufen: Wenn Sie sagen, dass Sie dieses Projekt mindestens zehn Jahre in die Zukunft verschieben wollen, dann erklären Sie mal, warum wir den Alpenplan ändern sollen. Dafür gibt es doch keinerlei Grundlage mehr, wenn man auf dieses Projekt verzichtet, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist niemandem begreiflich zu machen. Wir haben nach wie vor unterschiedliche Auffassungen davon, wie Wintertourismus in Bayern gestaltet werden sollte, lieber Kollege Güller.

(Florian von Brunn (SPD): Mit Schnee oder ohne Schnee?)

Daran hat sich nichts geändert. Aber Fakt ist: Wenn es ein Projekt am Riedberger Horn nicht gibt, dann brauchen wir auch keine Änderung des Alpenplans. Das wäre in der Tat ein Schildbürgerstreich.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Da muss ich schon sagen: Wenn das konkrete Projekt fällt, das als Rechtfertigung für die Änderung des Alpenplans herangezogen wird, und dagegen geklagt würde, könnte ich mir nicht gut vorstellen, dass die Kläger in diesem Rechtsstreit unterliegen.

Liebe Kollegen, wir haben erlebt, wie man seitens der Staatsregierung mit Zusagen, mit Projekten, mit Plänen umgeht. Die beiden Bürgermeister haben sich nolens volens als faire Verlierer gezeigt – natürlich, bei 20 Millionen. Ich freue mich übrigens auch, dass 20 Millionen für das Allgäu ausgegeben werden, kann aber durchaus verstehen, dass einige Kollegen aus anderen Stimmkreisen es anders sehen.

Natürlich ist es gut, dass wir in den Tourismus investieren. Der Tourismus ist eine Säule der bayerischen Wirtschaft. Er ist ein Bestandteil unserer Heimat und unserer Kultur. Aber wir sollten Entscheidungen, die wir treffen, wenigstens eine gewisse Halbwertszeit geben, damit wir uns politisch verlässlich zeigen. Die CSU hat heute das Gegenteil bewiesen.

Ich verdeutliche noch einmal unsere Haltung: Wir brauchen jetzt keine Änderung des Alpenplans mehr. Die Anträge werden wir trotzdem ablehnen, weil wir grundsätzlich anderer Auffassung sind, wie Wintertourismus funktionieren soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Zur Zwischenbemerkung: Herr Kollege Güller, bitte.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Pohl, Ihre Aussage war zwar laut, aber nicht deutlich. Was machen die FREIEN WÄHLER? Wie ist Ihre Position? – Sie werfen dem neuen Ministerpräsidenten berechtigterweise vor, dass er furchtbar herumeiert. Am Ende des Tages muss man jedoch eines feststellen: Er hat jetzt endlich die richtige Entscheidung getroffen, welche die GRÜNEN und die SPD schon seit langer Zeit fordern. Hängen die FREIEN WÄHLER nach wie vor an diesem Wahnsinnsprojekt? Wenn die Wählerinnen und Wähler so wahnsinnig wären und im Herbst Bernhard Pohl wählen würden,

(Lachen bei der CSU)

würden sie dann tatsächlich wieder eine Skischaukel bekommen? Ich möchte jetzt eine klare Aussage von den FREIEN WÄHLERN: Gibt es mit Ihnen eine Skischaukel – ja oder nein? Wenn nicht, müssten Sie den Alpenplan wieder ändern und unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege Güller, zum einen machen wir keine präventive Wählerbeschimpfung. Zum anderen: Wenn kein Antrag für ein Projekt vorliegt, kann man es auch nicht befürworten. Ohne eine Antragstellung brauchen wir nicht über ein Projekt zu entscheiden. Herr Kollege Güller, das ist Logik. Das ist Ihnen sicherlich eingängig.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen bloß ausweichen, Herr Kollege!)

Klare Aussage: Wenn es kein Projekt gibt, brauchen wir auch keine Änderung des Alpenplans. Was wir beschlossen haben, muss wieder rückgängig gemacht werden. Herr Kollege Güller, die Aussage war klar und eindeutig – zum Mitschreiben, auch für die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Also ein mutiges Sowohl-als-auch!)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Holetschek für die CSU-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Florian von Brunn (SPD): Herr Holetschek, haben Sie nicht gesagt, die Skischaukel kommt auf jeden Fall?)

– Herr von Brunn, ich habe Herrn Kollegen Holetschek das Wort erteilt.

(Florian von Brunn (SPD): Das war nur ein Zwischenruf!)

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, ich freue mich über jeden Zwischenruf, der konstruktiv ist. Dieser war es nicht.

An erster Stelle möchte ich unserem Ministerpräsidenten danken.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich glaube, er hat Führungsstärke gezeigt und eine Lösung für ein umstrittenes Projekt gefunden. Deswegen gebührt ihm unser Dank.

(Florian von Brunn (SPD): Wir haben ihm auch schon gedankt!)

Herr von Brunn, dieses Projekt war schon immer schwierig. Wir standen schon ein paar Mal hier und haben uns gegenseitig Argumente um die Ohren gehauen. Wir haben immer gewusst, dass es ein schwieriges Thema ist. Die Kommunen sind vom

Tourismus vor Ort stark abhängig. Damals haben die Kommunen gesagt: Wir wollen wettbewerbsfähig sein. – Wir wollten den Kommunen eine Chance geben. Wir wollten die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mitnehmen. Deshalb gab es diese Entscheidung. Diese Entscheidung ist jetzt korrigiert worden, indem wir ein Projekt auf die Schiene setzen, dem wir uns schon lange widmen.

Das Allgäu macht nicht erst seit dieser Frage naturnahen Tourismus. In den Statuten der Allgäu GmbH ist das Thema Nachhaltigkeit sehr stark verankert. Mit diesen Projekten vor Ort haben wir aus meiner Sicht jetzt die Chance, dem Thema bayernweit einen weiteren Schub zu geben. Das Naturerlebniszentrum Allgäu, die Mobilität, die Regionalität und das Thema Heimat stellen einen Kristallisationspunkt dar, der auf ganz Bayern ausstrahlt. Deshalb ist es wichtig, dort zu investieren. Der Tourismus gilt als Leitökonomie. Die Bürgermeister vor Ort gehen diesen Weg mit. Sie wollen diesen Weg gehen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verkehrt, dass wir das jetzt auch tun. Deshalb begrüße ich ausdrücklich auch als Vorsitzender eines Tourismusverbandes diesen Weg. Ihre Äußerung, wir würden uns permanent drehen oder wenden, stimmt einfach nicht.

(Margit Wild (SPD): Das ist doch so!)

Damals haben wir eine Entscheidung gefällt, um den Tourismus zu stärken.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Da können Sie lachen, so viel Sie mögen. Wir haben jetzt eine Entscheidung getroffen, mit der wir das gleiche Ziel sowie die Befriedung vor Ort und darüber hinaus erreichen. Darum geht es doch. Wenn Sie so wollen, ist Markus Söder der Friedensstifter bei einem großen Thema.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Das ist doch die Botschaft, die heute aus diesem Plenum hinausgeht. Er hat es geschafft, in dem Thema zu befrieden und tatsächlich eine gute Lösung zu finden, Herr von Brunn. Das ist eine Lösung, die uns auch noch weiterbringt.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wir haben Weihnachten verpasst!)

– Herr Kollege Wengert, Weihnachten ist doch schon vorbei. Ihr müsst euch in der SPD mal an andere Zeiten gewöhnen.

Aus meiner Sicht müssen wir den Alpenplan nicht mehr ändern, weil wir der Schutzzone C mehr Fläche gegeben haben. Die Schutzzone ist um über 224 Hektar erweitert worden. Sie wollen mir doch nicht ernsthaft erzählen, dass Sie wieder Gebiete herausnehmen wollen. Damit würden Sie das Thema konterkarieren.

In meiner Bilanz komme ich zu folgendem Ergebnis: Wir nehmen die Akteure vor Ort mit. Wir geben der Nachhaltigkeit und dem naturnahen Tourismus auf verschiedensten Ebenen in ganz Bayern einen Schub. Wir haben eine Befriedung weit über den Ort hinaus und damit etwas Gutes erreicht. Entschuldigen Sie, aber die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass eine Meinung hinterfragt und korrigiert wird. Wenn man etwas Besseres findet, sollte man sich dem zuwenden. Wenn die Akteure vor Ort dahinter stehen, warum sollten wir das nicht tun?

Es ist ein guter Tag für das Riedberger Horn. Ich glaube, darin besteht Konsens. Wir haben mit Markus Söder diese Entscheidung getroffen. Herr von Brunn, ich bin überzeugt, dass dieser Ministerpräsident Ihnen in seiner Regierungserklärung nächste Woche noch einiges zu diesem Thema sagen wird. Er wird sagen, was in Bayern möglich und machbar ist und wie wir auch im Hinblick auf den Tourismus in eine gute Zukunft schauen. Deshalb werden wir beide Anträge ablehnen. Wir haben gemeinsam eine gute Entscheidung gefunden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Frau Kollegin Sonnenholzner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Kollege, für die Bewertung der Performance des Ministerpräsidenten fehlt mir die Zeit. Sie dürfen aber davon ausgehen, dass meine Bewertung relativ kontrovers zu Ihrer Bewertung ausfallen würde, wenn ich sie denn abgäbe.

Mich hat wiederum gefreut, dass Sie, obwohl Sie im Allgäu mit 20 Millionen Euro begünstigt werden, den Tourismus in ganz Bayern im Blick haben. Die Idee, den sanften Tourismus in ganz Bayern weiterzuentwickeln, finde ich gut. Nachdem Sie auch Wirtschaftspolitiker sind, bitte ich Sie jedoch, einen Finanzbedarf zu nennen. Den haben Sie sicher auch schon im Auge. Wie hoch ist der Finanzbedarf, wenn wir das nicht nur am Riedberger Horn, sondern in der Fläche Bayerns tun? Ich bin mir sicher, dass Sie für den Ausbau des sanften Tourismus eine große Mehrheit im ganzen Haus bekommen würden. Ohne Geld wird es aber nicht gehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Kollegin Sonnenholzner, Sie haben festgestellt, dass das Investitionsvolumen für ein Naturerlebniszentrum sowie für Mobilitäts- und Digitalisierungsprojekte rund 20 Millionen Euro beträgt. An dieser Stelle muss man auch sagen, dass das Wirtschaftsministerium gerade eine eigene Abteilung für Tourismus gründet. Das ist ein starkes Signal für die Leitökonomie. Viele Projekte, die schon da sind, sollten miteinander vernetzt werden. Neben der Umweltbildung gibt es wahnsinnig viele Einzelinitiativen und Events. Mit einer Vernetzungsstrategie können wir für ganz Bayern etwas voranbringen.

Aus meiner Sicht ist es schwierig, im Detail den Finanzbedarf für einzelne Stellen zu nennen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir einen guten Aufschlag haben. Wir haben

den Gesundheitstourismus und verschiedenste Themen, die wir miteinander verbinden. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir uns auch in dieser Frage vernünftig nach vorne bewegen. Bayern ist das Land Nummer eins für Urlaub und Tourismus. Das werden wir mit einer guten Nachhaltigkeitsstrategie beim naturnahen Tourismus zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Herr Kollege Gehring hat sich zu einer weiteren Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Holetschek, ich komme noch einmal auf die Alpenschutzzzone C zu sprechen. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Naturschutzzone, in der bestimmte Pflanzen wachsen. Der Charakter der Alpenschutzzzone C zeichnet sich dadurch aus, dass dort Infrastrukturprojekte bis auf landwirtschaftliche Maßnahmen tabu sind. Die Zone wird dort eingerichtet, wo potenziell Infrastrukturprojekte möglich, aber tabu sind. Selbstverständlich kann man Alpenschutzzonen in Gebieten ausweisen, in denen nie jemand daran denken würde, dort Infrastrukturmaßnahmen umzusetzen, weil es dort beispielsweise gar keinen Hang für eine Skiabfahrt gibt. Das ist bei einigen Gebieten, die jetzt ausgewiesen worden sind, der Fall. Dabei handelt es sich nicht um Gebiete nach der Alpenschutzzzone C im eigentlichen Sinne. Das sind Schutzgebiete. Deshalb ist es sinnvoll, die ursprüngliche Alpenschutzzzone C wiederherzustellen, um deutlich zu machen, dass dort für alle Zeiten kein Infrastrukturprojekt umgesetzt wird.

Das Zweite: Sie reden jetzt von "neuem Tourismus". Diese Bergbahn wurde von Ihnen, insbesondere aber von Herrn Kollegen Kreuzer als das Leitprojekt für den Tourismus generell dargestellt. Es hieß, der Tourismus im Allgäu könne einpacken, wenn dieser Lift, diese Bergbahn nicht gebaut werde. Diese Behauptung war absurd; aber so haben Sie es dargestellt.

Eigentlich müssten Sie doch jetzt sagen: Nach dieser Entscheidung vom vergangenen Freitag brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der bayerischen Tourismuspolitik und der Alpenpolitik, auch und vor allem, was den Wintertourismus betrifft. – Wenn Sie das so sagen, bin ich gern dabei. Dann lassen Sie uns miteinander Konzepte entwickeln!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege Gehring, es ging an dieser Schnittstelle tatsächlich um die Frage der Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Ländern – das ist korrekt –, insbesondere im Vergleich zu Österreich und zur Schweiz, aber auch im Vergleich zu anderen Ländern.

Wenn wir mit dem Konzept, das wir aufgesetzt haben, das Ergebnis der weiteren Stärkung des Tourismus dort erreichen, ist das zu begrüßen. Ich gehe davon aus, dass unser Konzept eine Leuchtkraft für ganz Bayern hat; es wird ausstrahlen. Wir entwickeln in einem Pilotbereich ein Konzept, das wir als Blaupause auch auf andere Bereiche legen können. Wenn uns das gelingt, dann bin ich damit zufrieden; denn dann haben wir ein Ergebnis erreicht, das wir gemeinsam erreichen wollten. Wir haben auch eine Befriedung erreicht.

Wir brauchen keinen Paradigmenwechsel, weil Nachhaltigkeit – das wissen Sie genauso gut wie ich – im Allgäu schon immer ein Thema war. Die Allgäu GmbH hat Nachhaltigkeit sozusagen im Markenkern. Dazu gehören verschiedene Punkte, insbesondere Regionalität, das heißt, die Verwendung regionaler Produkte, und bäuerliche Landwirtschaft; unsere Landwirtschaftsministerin ist heute auch anwesend.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das alles sind Themen, mit denen wir – davon bin ich überzeugt – unsere Heimat stärken. Wenn wir unsere Heimat stärken, dann geben wir auch das Signal, dass bei uns Gäste willkommen sind. Deswegen ist es ein guter Weg, den wir beginnen.

Herr Kollege Gehring, als Vorsitzender des Tourismusverbandes lade ich Sie gern ein, sich entsprechend einzubringen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. – Herr Staatssekretär Dr. Reichhart hat für die Staatsregierung um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Hans Reichhart (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in diesem Hohen Haus schon mehrmals über das Landesentwicklungsprogramm gesprochen. In diesem Zusammenhang haben wir über die Fragen debattiert: Was sollen wir ändern? Wie sollen wir das machen? Was sollen wir vorwärtsbringen? Wir haben intensiv abgewogen. Aus den Anregungen, die hier entwickelt worden sind, haben wir vieles aufgenommen. Wer den Beitrag des Herrn Kollegen Huber verfolgt hat, hat bemerkt, dass er die Sorgen und Nöte aufgegriffen hat. Er ist auch darauf eingegangen, was wir anders bzw. besser machen sollten. All das ist in die Abwägung, die am Schluss wirklich eine fundierte war, eingeflossen.

Wenn wir uns die Änderung des LEP nunmehr anschauen, dann sehen wir, dass wir über ganz Bayern hinweg Möglichkeiten schaffen. Wir zwingen die Kommunen nicht, zu handeln. Wir zwingen die Kommunen nicht dazu, das eine oder andere umzusetzen. Wir schaffen es – das ist die Politik der Bayerischen Staatsregierung –, den Kommunen vor Ort Möglichkeiten zu geben. Wir sagen den Leuten: Macht es oder macht es nicht! Aber ihr entscheidet vor Ort!

Es ist richtig und wichtig, dass wir nicht aus München eine Diktion vorgeben. Wir aus München sagen nicht: Ihr müsst dieses oder jenes machen!, sondern wir legen Leitplanken fest, innerhalb derer sich die Leute vor Ort bewegen können. Das ist das Wichtige, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genauso war es bei der Änderung des Alpenplans. Genauso war es in diesem Fall. Wir haben den Gemeinden vor Ort nicht gesagt: Macht dieses! Macht jenes! Wir haben Möglichkeiten eröffnet und es in das Ermessen der Kommunen gestellt, etwas zu verwirklichen oder etwas nicht zu verwirklichen. Die Leute vor Ort können eine Abwägung vornehmen: Machen wir etwas, oder machen wir etwas nicht?

In diesem Prozess sind wir nunmehr. Die Kommunen haben sich mit den Kollegen vor Ort zusammengesetzt. Sie haben gesagt: Ja, wir treffen Entscheidungen für die Zukunft unserer Kommunen, und sie sind zu einem Ergebnis gekommen. Das Ergebnis haben die Kollegen Holetschek und Beißwenger dargestellt. Es lautet: Ja, wir wollen den Tourismus anders entwickeln, wir wollen Pilotregion sein, wir wollen Leuchtturm und Vorbild für Bayern sein, gewisse Dinge werden wir ausprobieren, wenn sie funktionieren, werden sie übernommen, wenn sie nicht funktionieren, werden sie nicht übernommen.

Das verstehen wir unter nachhaltiger Politik, unter Politik im Einvernehmen mit den Kommunen.

(Margit Wild (SPD): So kann man sich falsche Entscheidungen schönreden!)

Wir legen nicht einfach etwas vor, sondern wir wollen gemeinsam mit den Kommunen vor Ort gehen.

Liebe Kollegen, mich verwundert eines: Die SPD fordert nunmehr, dass wir die Änderung des Alpenplans komplett zurücknehmen, das heißt, dass wir auch die jüngst aufgenommenen Flächen herausnehmen. Zusammen sind es sogar 304 Hektar, die gewonnen worden sind und der Natur zur Verfügung stehen. Liebe Kollegen der SPD, wenn Sie fordern, diese Flächen jetzt wieder herauszunehmen, dann ist das aus meiner Sicht nicht verständlich. Wir leisten doch einen aktiven Beitrag, dass mehr Gebiete

in der Schutzzone C enthalten sind. Diese Entwicklung wollen wir nicht rückgängig machen. Insoweit geht dieser Antrag in die falsche Richtung.

Liebe Kollegen, wir haben sehr lange über das LEP diskutiert. Wir haben sehr lange darüber beraten: Was können wir machen? Was sollen wir machen? – Lassen Sie doch das LEP erst einmal wirken! Lassen Sie doch die Kommunen erst einmal davon Gebrauch machen! Lassen Sie uns doch erst einmal die Möglichkeiten abwägen und dann sehen, was herauskommt! Wir sollten erst einmal schauen, was die Kommunen daraus machen, und dann evaluieren und uns gegebenenfalls über andere Möglichkeiten unterhalten. Wir sollten das Thema nicht andersherum aufrollen. Deswegen darf ich Sie bitten, die Dringlichkeitsanträge abzulehnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Zwischenbemerkung: Herr Kollege von Brunn. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Kollege Holetschek hat vorhin gesagt, man könne nicht von Drehen und Wenden sprechen, nicht von einer Kehrtwende. Nun ist es aber so, dass Kollege Holetschek selbst am 9. November 2017 laut Presseberichten gesagt hat: "Wir danken Staatsminister Söder, der mit dem Kabinettsbeschluss für die Belange des Allgäus eingetreten ist." Gemeint ist der Kabinettsbeschluss für die Skischaukel. Heute dankt Herr Holetschek dem Ministerpräsidenten für die Entscheidung, auf die Skischaukel zu verzichten und Alternativen zu fördern.

Markus Söder hat im vergangenen Jahr gesagt, eine Skischaukel hebe nicht die Alpen aus den Angeln. Heute sagt er, man wolle sich nicht an einer Skischaukel aufhängen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das hat fast schon die Qualität von Herrn Stoiber, der die Blumen im Garten hinrichten wollte; aber darauf will ich gar nicht hinaus.

Ich will Sie nur fragen: Das hat nichts mit Drehen und Wenden zu tun? Oder wie sehen Sie das, Herr Staatssekretär?

(Margit Wild (SPD): Das ist doch ganz normale CSU-Politik!)

Staatssekretär Dr. Hans Reichhart (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): Lieber Herr von Brunn, wenn Sie mir zugehört hätten, dann wüssten Sie, dass wir Möglichkeiten eröffnen. Wir geben Kommunen Möglichkeiten zum Handeln. Wir zwingen niemandem etwas auf. Wir schaffen Handlungsspielräume, die die Kommunen ausfüllen können. Das verstehen wir unter Politik im Einvernehmen mit den Kommunen – übrigens auch im Einvernehmen mit den Bürgern, die vor Ort ihre Zustimmung zu entsprechenden Maßnahmen gegeben haben. Wir wollen nichts oktroyieren, sondern wir sagen: Leute, lasst uns zusammen Bayern gestalten!

Wir wollen nicht aus München genaue Zielvorgaben machen, wie Sie es vielleicht gern hätten. Wir wollen, dass Politik so weit wie möglich vor Ort gemacht wird. Im konkreten Fall wird im Allgäu über die Politik für das Allgäu entschieden. Vor Ort wird auch über die Tourismuspolitik entschieden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kollegen, wer weiß denn besser, wie die Politik vor Ort gestaltet werden sollte, als die Leute vor Ort? Wer weiß besser, wie der Tourismus vor Ort gestaltet werden sollte?

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollten doch eine Skischaukel!)

Es geht hier nicht darum, irgendetwas zu verändern, irgendetwas anders zu machen, sondern es geht darum, die Leitplanken, die wir, der Bayerische Landtag und die

Bayerische Staatsregierung, gesetzt haben, auszufüllen. Das machen wir. Das haben wir auch mit dieser konkreten Maßnahme gemacht.

Liebe Kollegen, wir sollten ein bisschen mehr mit den Leuten vor Ort reden, statt nur mit irgendwelchen Leuten, die sich in irgendwelchen Zimmern bewegen.

(Florian von Brunn (SPD): Ich rede mit vielen Leuten, nicht nur mit Leuten von der CSU!)

Uns geht es darum, dass wir das einvernehmlich machen. Ich glaube, darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank.

(Unruhe)

– Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe. – Für eine weitere Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Pohl gemeldet. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär, habe ich es richtig verstanden: Das war eine Entscheidung vor Ort, keine Entscheidung des Ministerpräsidenten Söder? Die Herrschaften vor Ort haben den Ministerpräsidenten vor vollendete Tatsachen gestellt, und er muss jetzt seine Pläne zum Riedberger Horn begraben? Ist das so richtig? Habe ich Sie so richtig verstanden?

(Zurufe von der CSU: Nein!)

Staatssekretär Dr. Hans Reichhart (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): Lieber Kollege Pohl, wenn auch Sie mir zugehört hätten,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr aufmerksam!)

dann hätten Sie verstanden, dass wir Politik im Einvernehmen – Hand in Hand – mit den Kommunen machen. Das bedeutet, dass wir miteinander reden, im Gespräch sind und zusammen Lösungen entwickeln.

Genauso war es in diesem Fall. Wir als Freistaat Bayern können nicht sagen: Wir machen es genau so und nicht anders! – Genauso können die Kommunen nicht sagen: Wir wollen von der Bayerischen Staatsregierung 15 Millionen Euro für Baumaßnahmen und für den laufenden Unterhalt einfach so haben! – Wir machen Politik gemeinsam. Wir reden miteinander. Wir haben vor Ort sehr kompetente Politiker und sind immer wieder mit ihnen im Gespräch. Deswegen ist es keine Entscheidung, die irgendjemandem aufgedrückt wurde, sondern es ist eine Entscheidung, die im gegenseitigen Einvernehmen – zusammen! – getroffen wurde, so wie wir insgesamt zusammen Politik für Bayern machen.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ein klares Jein!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

(Erwin Huber (CSU): Gut, Herr Staatssekretär!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/21541 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER und des Herrn Kollegen Muthmann (fraktionslos) ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/21546 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD,

FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Muthmann (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung, die zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Befristungsunwesen für Lehrkräfte beenden – Kontinuität für Schülerinnen und Schüler sicherstellen!", Drucksache 17/21540, beantragt wurde. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten, bitte!

(Namentliche Abstimmung von 19.01 bis 19.06 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird dann zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren können. – Darf ich bitten, die Plätze einzunehmen? Wir fahren mit den Dringlichkeitsanträgen fort.